



## Neues Tourismusförderprogramm

Nachdem die rot-grüne Koalition in den ersten beiden Jahren dieser Legislaturperiode den Grundstein gelegt haben, um dem Tourismus zu den bislang höchsten Wachstumsraten zu verhelfen, legen wir nun ein gesondertes Tourismusförderprogramm vor.

Der Antrag der Regierungskoalition setzt für die finanzielle Förderung neue Impulse, hilft die Bürokratie abzubauen, sichert die Beschäftigung, die Ausbildung und die Qualifizierung, steuert im Umweltschutz hin zu mehr nachhaltigen Produkten und fördert die Mobilität im Tourismus. Das Motto im Deutschlandtourismus lautet "Lust auf Natur".

Das Sichern von Servicequalität und die Nachhaltigkeit der Produkte im Deutschlandtourismus werden wir in Modellprojekten unterstützen. Das Modellprojekt "Qualitätsmanagement im Tourismus" hat bereits begonnen. In Ostbayern werden beispielhaft Lehrpläne entwickelt, mit denen zukünftig Personal qualifiziert und weitergebildet werden kann. Das betrifft die Leiter von Fremdenverkehrsämtern, das Personal im Gastgewerbe und natür-

lich auch die Eigner und Manager von Einrichtungen des Tourismus. Wir wollen den Dienstleistenden in der Tourismusbranche das Rüstzeug geben, die Wünsche der Gäste besser zu erkennen und auf sie vorbereitet zu sein. Dieses Projekt geht auf unsere Initiative aus der letzten Legislaturperiode zurück, das die damalige Regierung vehement abgelehnt hat.

Ein weiteres Projekt, auch weiterentwickelt aus der letzten Legislaturperiode, ist die Entwicklung der Dachmarke "Nachhaltiger Tourismus – via bono". Wir wollen eine Entwicklung anstoßen, die beim Tourismus mehr auf Qualität denn auf Quantität setzt. Der Kunde soll durch ein einheitliches Logo die besonderen umwelt- und sozialverträglichen Angebote erkennen.

Der Weg zum Erfolg im Deutschlandtourismus führt nicht durch ein bedingungsloses Abnicken der Forderungen der Branche. Der Weg zum Erfolg führt über das Setzen von Rahmenbedingungen, die die Menschen im Land, die Reisenden, die Kunden und ihre Kaufkraft im Augenmerk haben. Hier sind wir auf dem richtigen Weg.

### **Moment mal...**

"Die CDU/CSU-Fraktion hat am 29. Februar letzten Jahres Friedrich Merz zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Warum ausgerechnet an diesem Tag? Vermutlich, weil sie nicht in jedem Jahr daran erinnert werden will.

Jakob Mierscheid,  
MdB

### In dieser Ausgabe:

Menschen mit Behinderung	2
BAföG-Reform	2
Krise in der CDU	3
Informationsgesellschaft	4



## Verbesserung für Menschen mit Behinderungen

Die rot-grüne Koalition möchte mit dem neuen Sozialgesetzbuch IX die Beteiligungsmöglichkeiten und die Beteiligungsrechte für Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft entscheidend verbessern.

Unter anderem soll die Schaffung von Servicestellen eine unkomplizierte und zügige Beratung von Behinderten Menschen ermöglichen und damit zur Klärung von Zuständigkeiten beitragen.

Verbände und Selbsthilfegruppen einschließlich der Interessenvertretungen behinderter Frauen bekommen explizit festgeschriebene Beteiligungsrechte, auch wird ein Klagerecht der Verbände eingeführt.

Erstmals wird zum Beispiel auch gesetzlich verankert, dass gehörlose und ertaubte Menschen in und mit ihrer Sprache – der Deut-

schen Gebärdensprache oder mit lautsprachbegleitenden Gebärden – kommunizieren können.

Träger der Sozialhilfe und der öffentlichen Jugendhilfe werden in den Kreis der Rehabilitationsträger miteinbezogen.

Die Anhörung der Sachverständigen durch den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages hat bereits am ersten Tag gezeigt: Wir befinden uns auf dem richtigen Weg.

Führende Sozialverbände messen dem Gesetzentwurf eine hohe Bedeutung bei.

Wir halten Wort: Die Behindertenpolitik zählt zu den Schwerpunkten unserer Regierungspolitik und kommt zügig voran.

## Über die BAföG-Reform

Am 16. Februar 2001 haben wir in 2. und 3. Lesung die BAföG-Reform auf den Weg gebracht.

Ab dem 1. April 2001 werden die Bedarfssätze durchgängig heraufgesetzt und der Höchstsatz steigt auf 1.105,- DM.

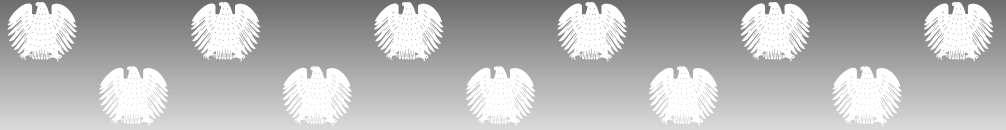
Das Kindergeld wird zukünftig nicht mehr bei der BAföG-Berechnung angerechnet und die Freibetragsgrenzen werden erheblich erhöht. Die Förderbeträge zwischen Ost und West werden vollständig vereinheitlicht und die Gesamtdarlehensbelastung für Studierende auf 20.000 DM begrenzt.

Allein in diesem Jahr wird durch die BAföG-Reform 1 Mrd. DM mehr für die Förderung

ausgegeben. Über 80.000 junge Menschen erhalten zusätzlich BAföG.

1998 wurden unter der alten CDU-Regierung lediglich noch 341.000 Schüler und Studenten mit BAföG gefördert, bis 2002 werden es wieder 445.000 sein. Wir haben den Trend der alten Regierung, immer weiter sinkende Zahlen der Geförderten, gebrochen und gedreht. Die Förderquote steigt wieder an und der Geldbeutel der Eltern entscheidet nicht mehr darüber, ob die Kinder studieren dürfen.

In der Bildungs- und Forschungspolitik wurde damit ein Meilenstein zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands gesetzt.



## Die Krise in der CDU dauert an

(Noch-)FDP-Chef Gerhardt hat erklärt, dass die CDU in wesentlichen Fragen erkennbare Konturen vermissen lasse. Damit hat er Recht, vor allem deshalb, weil fehlende Konturen etwas sind, wovon er wirklich etwas versteht.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 8. Februar 2001 erklärte er: *“Die Union biete nur noch eine Addition unterschiedlicher Positionen an. Statt der rot-grünen Koalition in Sachfragen paroli zu bieten, beschäftige sich die CDU mit sich selbst. Die Schwierigkeiten der größten Oppositionspartei, sich in Sachfragen zu artikulieren, sagte Gerhardt, sei nicht zu übersehen.”*

Man kann ergänzen: Und mit der CDU beschäftigen sich die Gerichte. Walter Leisler-Kiep stand in Augsburg vor Gericht, Helmut Kohl soll 300.000 DM Geldbuße zahlen.

Heribert Prantl kommentierte das in der Süddeutschen Zeitung vom 9. Februar 2001 so: *“Nach wie vor aber ist Kohls Umgang mit Schwarzgeld und schwarzen Kassen strafbar. Nach wie vor liegt ihm Untreue zur Last. Nach wie vor nennt er die anonymen Spender nicht. Nach wie vor stellt er sein angebliches Ehrenwort über das Gesetz, das Offenlegung fordert. Am Gewicht des strafrechtlichen Vorwurfs hat sich also nichts geändert. Die Einstellung des Verfahrens in einer solchen Situation ist vom Gesetz schwerlich gedeckt.*

*Die Einstellung liegt natürlich im Interesse Kohls: Er bleibt juristisch unbescholten. Sie liegt auch im Interesse der Staatsanwaltschaft: die erspart sich weitere Arbeit. Sie liegt aber mitnichten im öffentlichen Interesse: Eine dunkle Geschichte wird im Dunkel des Deals zwischen Verteidigern und Staatsanwälten beendet. Aufklären, nicht aufge-*

*ben, hätte man sich von der Justiz erwartet. Die Einstellung ist der juristische Vollzug des Satzes: Alle Menschen sind gleich, manche sind gleicher. ...*

*Die Staatsanwaltschaft hat mit dem Verfahren Kohl (wieder einmal) eine Chance vertan – die Chance zu beweisen, dass sie zur Aufklärung strafrechtlich relevanter politischer Skandale etwas beitragen kann.”*

Zur Information: Die Einstellung eines Verfahrens nach der Erfüllung von Auflagen (Geldbuße) auf der Grundlage des § 153 a der Strafprozeßordnung ist eine Variante der Strafaussetzung zur Bewährung.

Edmund Stoiber warnt die CDU vor einer Personaldiskussion, das ist in diesem Fall eine besonders raffinierte Methode, sie weiter zu treiben. Andere bringen Wolfgang Schäuble ins Spiel – neuerdings ist auch Roland Koch wieder im Gespräch.

Der hessische Ministerpräsident ist mit gesetzeswidrigen Mitteln ins Amt gekommen. Das Wahlprüfungsgericht hat zwar formaljuristisch entschieden, dass er im Amt bleiben darf. Doch bestätigt das Gericht auch, dass die Schwarzgelder der CDU für die ausländerfeindliche Kampagne eingesetzt wurden und diese Kampagne wahlentscheidend war.

Damit hat die hessische CDU/FDP-Regierung endgültig die politische Legitimation verloren. Mit einem Mindestmaß an Anstand würde Roland Koch zurücktreten und den Weg für Neuwahlen frei machen.

Die Zustände in der CDU und ihrer Führung legen es nahe, das ganze englisch zu bezeichnen: Das ist eine wilde „party“ und sie verhalten sich wie Partisanen.

Bodo Seidenthal, MdB	Büro: Unter den Linden 50, Zi. 1073/75 Telefon: 030/227-7 38 66	Bürgerbüro: Schuhstraße 24 38350 Helmstedt Telefon: 0 53 51/59 98 27	Wahlkreisbüro: Schillerstraße 6-8 38440 Wolfsburg Telefon: 0 53 61/1 44 18
Postanschrift: Platz der Republik 1 11011 Berlin	Fax: 030/227-7 64 19 E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de Ansprechpartnerin: Katharina Fricke	Ansprechpartnerin: Bärbel Mart	Ansprechpartner: Dirk Roller

---

## Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft

Im Februar fand auf Initiative der rot-grünen Koalition eine Debatte über Deutschlands Wirtschaft in der Informationsgesellschaft statt. Wir werden hierzu zusammen mit unserem Koalitionspartner einen Antrag einbringen.

Wir haben auf diesem Feld eine gute Bilanz. Der Innovationsstau ist überwunden, der Aufbruch in das Informationszeitalter eingeleitet. Deutschland ist aus dem Dornröschenschlaf der Kohl-Regierung aufgewacht. Die Bundesregierung hat mit ihrem Aktionsprogramm für "Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts" den Grundstein für eine Spitzenposition Deutschlands im digitalen Zeitalter geschaffen.

Die Chancen, die sich daraus ergeben, sind groß. Experten schätzen, dass die Internetwirtschaft bis zum Jahr 2010 einen Nettoeffekt von 750.000 Arbeitsplätzen auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewirken kann. In Kooperation mit verschiedenen Gruppierungen stellen wir die Weichen für die digitale Zukunft: Mit der D21-Initiative hat die Bundesregierung ein einmaliges Forum der Zusammenarbeit ins Leben gerufen, an dem Unternehmer, Institutionen und Politiker teilnehmen, um gemeinsam den Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft zu moderieren und zu beschleunigen.

Der deutsche Markt für Informations- und Telekommunikationstechnik ist 1999 von 195 Mrd. DM um 9,6% auf 214 Mrd. DM gewachsen, was 5,5% des BIP entspricht. Der Branchenverband BITKOM rechnet 2000 sogar

mit einem Wachstum auf 234 Mrd. DM. Die digitalen Techniken bergen aber auch Risiken für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die von der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie ausgeschlossen sind.

Unser Ziel ist, allen Menschen einen gleichberechtigten und freien Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen zu sichern. Die Bundesregierung hat mit dem 10-Punkte-Programm "Internet für alle" Maßnahmen entwickelt und gebündelt und die Voraussetzungen geschaffen, dass die Entstehung einer "digitalen Spaltung" in der Gesellschaft vermieden wird.

Der Aufbruch ins digitale Zeitalter bringt Veränderungen mit sich. Qualifikationsanforderungen, Arbeitsinhalte und die Arbeitsorganisation werden modifiziert und angepasst. Wir müssen alle Chancen, die sich daraus ergeben, nutzen und darauf achten, bei der Beseitigung von Modernisierungshemmnissen das soziale Sicherungssystem nicht zu beschädigen und die Rechte der Menschen zu wahren und auszubauen.

Auch mit dem neuen Signaturgesetz macht die rot-grüne Koalition einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Internet-Wirtschaft.

Ab Juli kann bei allen Geschäften, für die bisher die Schriftform vorgeschrieben ist, eine elektronische Signatur verwendet werden. Damit werden für papierlose Verträge, Bankgeschäfte und Bestellungen über das Internet bestehenden Rechtsunsicherheiten beseitigt.